



ZUSAMMENFASSUNG DER SITZUNG

Projekt	Leitfaden zum Umgang mit Regenwasser in Siedlungsgebieten
Datum / Ort	26.06.2012 / AGE, Merl
Reporter / Datum	11/07/2012

ANWESEND

AGE	CRTE	BEST	Schroeder & Associés
Claude Edinger	Paul Schosseler	Fernand Hengen	Thierry Flies
Fränk Wersandt	Stefanie Seiffert	INCA	EEPI
Yves Rauen	MDDI Environnement	Thilo Paganetti	Markus Ott
Olivier Jeitz	Carmen Weisgerber	Micha Bunusevac	TR-Engineering
Tom Schaul	Claude Schuhman	Romain Koster	Martin Biehler
Philippe Luty	TR-Engineering	AU21	
Jasmine Schmidt	Joel Thys	Yvone Schiltz	
Uni.LU	ALUSEAU	Architecture BENG	
Jo Hansen	Roland Schaack	Nico Engel	
	Nico Hoffman		

BESPROCHENE THEMEN

- Versickerung und Grundwasserschutz**

In der ersten Besprechung wurde die Frage gestellt, ob es nicht möglich sei, landesweit mehr Richtung Versickerung zu arbeiten (Bsp. Deutschland)?

AGE: Auf der einen Seite ist es hinsichtlich der Quantität des Grundwassers nicht auszuschließen, dass man zukünftig eher auf Versickerungsmöglichkeit achten sollte, andererseits muss aber der qualitative Aspekt beachtet werden, der Schutz der Ressourcen muss gewährleistet sein. Durch die geologische Spezifität der luxemburgischen Gesteine wird das Wasser oftmals in direktem Durchfluss durch Klüfte ungefiltert in den unterirdischen Wasserkörper eingeleitet. Deshalb wurden in der aktuellen Version des Leitfadens auch die 4 Vulnerabilitätszonen behandelt. Dabei sollten die Textteile über Hydrogeologie für Nicht-Geologen leichter verständlich formuliert werden und ein klarer Unterschied zwischen Grundwasser welches zu Trinkwassergewinnung genutzt wird, und sonstigem Grundwasser hervorgehoben werden.

Zurzeit werden die Trinkwasserschutzzonen noch ausgearbeitet, in diesen Zonen wird keine Versickerung zugelassen, aber selbst in Vulnerabilitätszone 4 ausserhalb der Quellen-Schutzzonen könnte sie ermöglicht werden. Vom Grundwasseraspekt her betrachtet soll eine dezentrale Versickerung absolut bevorzugt werden.

Des Weiteren muss man beachten, dass die Infiltration nach dem neuen Wassergesetz genehmungspflichtig ist. Dabei stellt sich auch heraus, dass die Anforderungen und Problematiken der Versickerung weitgehend unbekannt sind und auch in aktuellen Genehmigungsanträgen nicht berücksichtigt werden (Anforderungen des Leitfadens und auch der deutschen Norm A138): Verschmutzungsgrad des einzuleitenden Wassers, Speichervolumen des Grundwasserkörpers etc. EEPI: Es stellt sich ebenfalls das Grundprinzip, dass die Ingenieurbüros früher für die Bemessung der Versickerung eingebunden werden müssen.



Laut Anwesenden werden Versickerungen als Lösung nicht in Betracht gezogen, da sie komplizierter umzusetzen und platzaufwendig ist. Es stellt sich die Frage wer Versickerung vorschreiben soll? Prinzipiell sollte die Reihenfolge Vermeiden vor Versickern vor Rückhalten gelten (wie auch im Leitfaden gefordert), aber solange Projekte die Anforderungen an die Retention erfüllen, wurden sie bisher genehmigt. AGE: Ein Anreiz wäre die Verkleinerung des Volumens von Retentionsbecken und damit Einsparung von Baukosten durch Versickerungsmaßnahmen.

Es stellen sich zudem folgende Fragen:

1. Frage Dauerbetrieb Versickerungen (Kolmation)? 2. Frage: Belastung des Bodens (Bodenaustausch)? 3. Frage: Feuchteschäden in Kellern durch Versickerung (Rechtssicherheit für Gemeinden)?

In A138 sind definierter Aufbau und Wartung festgelegt, um dauerhaften Betrieb zu sichern. Auch für den Abstand zu Gebäuden gibt es Regelungen. Wenn anerkannte Regeln der Technik beachtet werden, gibt dies Rechtssicherheit. Zusätzlich werden diese rechtlichen Aspekte von der AGE mit einem Rechtsanwalt geklärt werden.

Die Ingenieure bemerken, dass für die Anwendung deutscher Regelwerke oft keine Grundlagendaten vorliegen, wie z.B. Bodengutachten. Datenerhebung könnte zentral durch die öffentliche Hand durchgeführt werden unter Beteiligung der Promoteure. (Anm.: Es werden immer mehr Bodengutachten von den Promoteuren in Auftrag gegeben, da diese nützliche Informationen über das Bauland geben).

• **Workflow**

Wichtig ist vor allem für die AGE, dass der wasserwirtschaftliche Teil früh genug bearbeitet wird und somit auch die AGE so früh wie möglich in die Planung mit einbezogen wird. Möglich wäre zum Beispiel, den Accord de principe noch früher auszustellen, bzw erste Besprechungen schon auf Basis grober Skizzen zu vereinbaren. Bei der Ausarbeitung des Workflow sollte auch die Commodo-Prozedur berücksichtigt werden. Es sollte ebenfalls Angaben geben, wann für ein Projekt eine Genehmigung angefragt werden muss.

• **Vorstellung neues Aménagements-Gesetz vom 29. Juli 2011**

Aménagement communal (MIGR) stellt die Neuerungen des Gesetzes vor:

Im Detail werden die bebaubaren Zonen nach Quartier existant und nouveau Quartier unterteilt. Für die Quartier existant müssen die PAPs nach Reglement gebaut werden, die Gemeinden arbeiten hierbei die PAPs aus. Für die nouveau Quartier gibt das Schéma directeur die Vorgaben zur Regenwasserinfrastruktur; der PAP muss nachweisen, dass er konform mit diesem Schéma directeur ist.

MIGR weist darauf hin, dass die Gemeinden in den neuen PAG die Gebiete kennzeichnen müssen, in denen ein PAP „Quartier existant“ ausgearbeitet werden muss. Dabei obliegt es den Gemeinden, für diese Zonen das Schéma directeur (SD) auszuarbeiten und in dem Zusammenhang auch ein Konzept für die Rückhaltung und Entsorgung des Regenwassers zu entwickeln. Die ALUSEAU stellt dabei die Frage, ob die SD PAP-übergreifend sind oder wie die praktische Umsetzung bei der Ausarbeitung mehrerer PAPs aussieht (Thema Gruppierung, zentrale Lösung)?

51-53, rue de Merl	Tél. :	(352) 26 02 86 - 1	TVA : LU18 87 76 07	e-mail :
L-2146 Luxembourg	Fax :	(352) 26 02 86 - 62	www.waasser.lu	info@eau.public.lu



MIGR: Die Schéma directeur sind verbindlich, dennoch ein fortschreitendes Instrument, das soll heissen gäbe es im Rahmen eines PAP eine nachweisbar bessere Lösung (sowohl für diesen PAP als auch für weitere) als die im Schéma vorgesehene, kann der PAP das Schéma überschreiben. Dennoch gibt die Gemeinde die Vorgabe für den Urbanismus (\neq plan directeur Promoteur). MIGR erklärt, dass bereits heute die Gemeinden bei Unstimmigkeiten zwischen Bauherrn/Gemeinden etc die Möglichkeit haben, mehrere PAPs zu gruppieren und dies als ganzen PAP durch die Gemeinden selbst ausarbeiten zu lassen.

Zur Thematik: *Möglichkeit der Regenwasserbehandlung in der Zone verte* gibt das MIGR an, dass nach dem Aménagements-Gesetz die PAPs nicht in die Grünzone übergreifen können, da diese nur in den bebaubaren Zonen angelegt werden können. Die Regenwasserwirtschaft im Rahmen eines PAP ist somit eindeutig ein Bestandteil der Urbanisierung und im PAG zu behandeln (also in den als „bebaubar“ gekennzeichneten Flächen). Auch in der Übergangsphase zur Ausarbeitung der Schéma directeur stellt das Regenwasser keine „utilité publique“ dar, sondern ist ein „Interêt particulier“.

- **Nächstes Meeting**
 - Datum wird noch festgelegt

Punkt	zuständig	Bemerkungen
rechtliche Aspekte mit Anwalt klären	AGE	
Entwurf Workflow	AGE	